74. Jahrgang. Nr. 177

Abend-Ausgabe

Montag, 14. April 1930

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr vom 1. bis 15. April 1930 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 Mk. Postbezugspreis für Monat April 3.40 Mk. einschl. 96 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr). Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Osterurlaub auch für die Regierungsbildung in Sachsen?

Wie man hört, geht Oberbürgermeister Dr. Blüher auf 14 Tage, bis Ende April, in Urlaub. Wie steht es in dieser Zeit mit der Fortführung der Verhandlungen zur Regierungsbildung in Sachsen? Werden auch sie in Osterurlaub geschickt?

Als Führer der Deutschen Volkspartei in Sachsen ist Dr. Blüher natürlich berufen, diese wichtigen Besprechungen zu leiten. Während der letzten Landtagssitzung hat er sie in einer Unterredung mit den Demokraten und den Sozialdemokraten auch aufgenommen. Aber die Verhandlungen sind mit dem Streit über die Beteiligung oder Nichtbeteiligung der Wirtschaftspartei sofort aufs tote Gleis geraten. Will man sie da stehen und rosten lassen bis in den Wonnemonat Mai? Daß Dr. Blüher inzwischen die Leitung aus der Hand geben will, ist wenig wahrscheinlich. Und leider geht es mit Regierungsverhandlungen nicht so, wie mit dem Aktenband „Unerledigt", der sich bekanntlich durch langes Ruhen öfters von selbst erledigt. Wenn aber die Unterhaltungen erst im Mai wieder aufgenommen werden, dann ist nach den bisherigen Erfahrungen unschwer vorauszusehen, daß bis zum Zusammentritt des Landtages am 6. Mai wieder nichts geschehen ist. Dann soll offenbar nochmals ein totes Rennen um den Ministerpräsidenten veranstaltet werden, und der Etat mit allem Drum und Dran kann warten. Das mag alles recht bequem sein, aber man soll sich nicht wundern, wenn die Wählerschaft, die man doch auch wieder einmal braucht, das Interesse an diesem Parteikram verliert. Die Ruhe nicht zu verlieren, ist in der Politik zuweilen gut, aber dieser Osterurlaub für die Regierungsverhandlungen ist des Guten zuviel.

General v. Falkenhausen an den Reichswehrminister

Dresden, 14. April. Der frühere Kommandant der Infanterieschule, Generalleutnant a. D. v. Falkenhausen, hat an den Reichswehrminister folgenden Brief gerichtet:

„Sehr verehrter Herr Minister!

Eurer Exzellenz werden die Artikel der Presse über meinen angeblichen Beitritt zur NSDAP. bekannt sein.

Ich darf ebenso voraussetzen, daß Euer Exzellenz, allein schon auf Grund unserer eingehenden Aussprache am 18. Dezember in Dresden, bekannt sein dürfte, daß die Nachricht frei erfunden ist. Eine einfache Anfrage bei mir hätte jedenfalls auch späterhin jeden Zweifel behoben.

An diese falsche Meldung hat die Linkspresse Kommentare geknüpft, die die kaum verschleierte Behauptung aufstellen, daß ich mich in meiner Dienstzeit in unerlaubter Weise politisch betätigt hätte. Damit macht sie mir den Vorwurf einer schweren Pflichtverletzung. Sie läßt durchblicken, daß diese politische Betätigung der Grund meiner Verabschiedung gewesen sei. Sie verallgemeinert das Bestehen politischer Umtriebe in der Armee, insbesondere im Offizierkorps, und verlangt — und das ist der durchsichtige Zweck —, die gründliche Säuberung des Offizierkorps." Die Rede des Generalobersten Heye in Dresden am 22. März war nach dieser Presse der erste Schritt dazu.

Zu meinem Bedauern hat das Reichswehrministerium es nicht für notwendig gehalten, gegen diese falschen Behauptungen über die dienstliche Tätigkeit eines damals noch aktiven Offiziers Stellung zu nehmen.

Vielmehr hat die Presse nur Nachrichten „aus Reichswehrkreisen" gebracht, nach denen ich „wegen Ueberalterung", „als ein für ungeeignet zur Beförderung angesehener General" u. a. verabschiedet worden sei. Hierdurch hat es den Angriffen der Linkspresse neue Nahrung gegeben und die Gefahr vergrößert, die in den systematischen Zersetzungsversuchen der Armee gerade von dieser Seite drohen. Dies Stillschweigen befremdet mich um so mehr, als Ew. Exzellenz mir noch in einem Schreiben vom 17. Januar 1930 selbst bestätigt haben, daß ich „die Infanterieschule mehrere Jahre lang mit fester Hand und warmem Herzen für den Offiziernachwuchs geleitet habe."

Wegen der Oeffentlichkeit der gegen mich selbst in Verbindung mit der Wehrmacht erhobenen und unwidersprochen gebliebenen Angriffe sehe ich mich gezwungen, diesen Brief auch der Presse zu übergeben."

Der Zoo auf Reparationskonto

Drahtbericht unseres Pariser Korrespondenten

Paris, 14. April. Mit Heinrich Hagenbeck, der zusammen mit seinem Bruder den Stellinger Tierpark leitet, haben in den letzten Tagen in Paris Besprechungen über eine völlige Neugestaltung des Pariser Zoologischen Gartens stattgefunden. Der Pariser Zoo ist völlig veraltet, um nicht zu sagen verwahrlost, und es bedarf einer Summe von etwa 28 Millionen Franken, um ihn nach dem Muster von Stellingen zu modernisieren. Die Frage ist, ob diese ursprünglich auf Reparationskonto in Aussicht genommenen Bauten auch jetzt noch nach der Annahme des Youngplanes mit Hilfe deutscher Sachlieferungen durchgeführt werden können.

Grubenunglück in Recklinghausen

Recklinghausen, 14. April. Im unterirdischen Betriebe der Zeche Recklinghausen I in Recklinghausen-Süd brach am Sonnabendvormittag infolge von Gebirgsstößen ein Stollen zusammen. Hierbei wurden zwei Bergleute auf der Stelle getötet, ein Bergmann schwer und einer leicht verletzt. Der Schwerverletzte starb auf dem Transport zum Krankenhaus, so daß drei Tote zu beklagen sind.

In Flugzeugen zur Abstimmung im Reichstag

Auf die letzte Stimme kommt es an – Geschäftsordnungstrick Löbes

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. April. Vor der Abstimmung über die Agrar- und Steuervorlagen, deren dritte Lesung am Montagvormittag 10 Uhr im Reichstag begann, wurden im Plenum endlose Prolongationsreden gehalten. Es kam den Regierungsparteien darauf an, den Entscheidungstermin so lange wie möglich hinauszuzögern, da noch eine Anzahl von Abgeordneten auf dem Wege nach Berlin war. Erst rechnete man auf gegen 12 Uhr mittags, dann auf eine Stunde später, schließlich auf zwischen 2 bis 3 Uhr. In den Wandelhallen und Fraktionszimmern wurden während der ganzen Zeit Berechnungen angestellt.

Kurz vor der Abstimmung hoffte die Regierung auf eine Mehrheit von 4 Stimmen.

Die Nationalsozialisten haben sich die fehlenden Abgeordneten vom Sonnabend samt und sonders herangeholt, genau so die Deutsche Volkspartei, von der einige Herren im Flugzeug aus Italien im Laufe des Vormittags eintrafen. Bei den Deutschnationalen haben sich die Stimmen ein wenig verschoben. Es heißt, daß einige ostpreußische Abgeordnete, die sich am Sonnabend der Stimme enthielten, für die Regierung stimmen werden. Der Hugenbergflügel ist dadurch geschwächt, daß ein Abgeordneter und eine Abgeordnete schwer erkrankt sind und ein weiterer Abgeordneter, verärgert über das parlamentarische Hin und Her, abgereist ist. **Mehrere oberschlesische Abgeordnete des Zentrums sind erst am frühen Nachmittag in Berlin eingetroffen.** Zwei Damen der demokratischen Fraktion kamen erst in letzter Minute aus Genf an, ein demokratischer Abgeordneter aus Italien. Die Sozialdemokratische Partei soll, wie es heißt, von den 25 Abgeordneten, die am Sonnabend fehlten, weit über die Hälfte herangeholt haben. Auch die Kommunisten haben weitere vier herangeholt.

Der Zentrumsabgeordnete Schlack, der sich am Sonnabend noch scharf gegen die Regierung seines Parteifreundes Brüning ausgesprochen hat, hat einen Nervenzusammenbruch erlitten und Berlin verlassen.

So hatten sich auf der Seite der Ja- und Neinsager sämtliche Parteien darum bemüht, möglichst geschlossen zur Abstimmung antreten zu können. Im Reichstage herrschte heute so etwas wie ein Totalisatorbetrieb, überall in der Wandelhalle sah man Gruppen, wo man tippte und Wetten abschloß. Zumeist lauteten die Wetten ungefähr auf Stimmengleichheit, gelegentlich auch auf eine Mehrheit für die Regierung von vier Stimmen. Die Spannung hielt bis zur letzten Minute an. Genaues vermochte nicht vorausgesagt zu werden.

Der Beginn der Abstimmungen

Die Abstimmungen im Reichstag begannen um 2 Uhr. Nach einigen kleineren wenig entscheidenden Punkten wurde zunächst ein kommunistischer Antrag in namentlicher Abstimmung abgelehnt.

Dann ereignete sich etwas sehr Merkwürdiges. Es stellte sich nämlich heraus, daß der Reichstagspräsident Löbe den Aufruf der verschiedenen Abstimmungsartikel so obenhin vorgenommen hatte, daß das Plenum gar nicht die entscheidenden Punkte mehr wahrnahm. Plötzlich wurde bekannt, daß der vielumstrittene Junktim-Artikel, der bekanntlich auch auf der Rechten auf Widerspruch stößt, mit einfacher Mehrheit ohne namentliche Abstimmung angenommen worden war.

Durch diesen kleinen geschäftsordnungsmäßigen Trick hat die Regierung also in einem der wichtigsten Punkte eine Mehrheit bekommen. Es folgten dann die Einzelabstimmungen über die Zollpositionen.

Die Abstimmung über das Junktim muß allerdings noch einmal in der Schlußabstimmung wiederholt werden. Auch bei der Biersteuer könnte es noch eine Klippe geben.

Sozialdemokraten gegen Landwirtschaftsschutz

Scharfe Gegensätze in der Umsatzsteuerfrage

Berlin, 14. April. Auf der Tagesordnung der Montagssitzung des Reichstages stand die dritte Beratung der Deckungsvorlagen, beginnend mit dem Agrarprogramm. Die Abstimmungen sollen jedoch erst nach der Aussprache über alle Vorlagen erfolgen.

Abg. Hepp (Chr.-Nat. Bauernp.) bedauert, daß am Sonnabend auch Mitglieder von bürgerlichen Parteien gegen das mit dem Agrarprogramm verbundene Deckungsprogramm gestimmt haben. Trotz der Bedenken gegen einzelne Steuervorlagen müsse das Deckungsprogramm von allen Freunden der Landwirtschaft angenommen werden, weil sonst die Durchführung des Agrarprogramms gefährdet sei. Der Redner bittet insbesondere die Mitglieder des Bayrischen Bauernbundes, ihre an sich vielleicht berechtigten Bedenken gegen die Biersteuer zurückzustellen. Die Steuervorlagen der Regierung seien in wesentlichen Punkten verbessert worden.

Abg. Dr. Hilferding (Soz.): Wenn hinter irgendeinem Programm nur die Mehrheit der Stimmen, nicht aber die Mehrheit der Ueberzeugungen steht, so hinter dem neuen Agrarprogramm. Dieses Programm bedeutet eine außerordentliche Gefahr nicht nur für die deutsche, sondern für die gesamte europäische Wirtschafts- und Handelspolitik. Die unvermeidliche Folge würde eine ungeheure Welle von Lohnbewegungen und eine Gefährdung der Stabilität der deutschen Handelspolitk sein. International kann die Ueberspannung der deutschen Zollpolitik die furchtbare Gefahr heraufbeschwören, daß auch England, Holland, Belgien und andere Länder zum Protektionismus übergehen.

Wie die Abstimmungen auch ausgehen werden, wir werden den Wahlkampf führen für die Aufrechterhaltung der Demokratie und des Parlamentarismus.

Abg. D. Mumm (Christl.-nat. Arbeitsgem.): Wenn es zur Reichstagsauflösung kommen sollte, so werden wir Christlich-nationalen mit gutem Gewissen in den Wahlkampf gehen und dabei für die Belebung einer christlich-nationalen Kulturpolitik wirken.

Die internationale wirtschaftspolitische Einstellung Dr. Hilferdings geht vorüber an der Notwendigkeit, der deutschen Bauernschaft das Leben zu erhalten.

Das soll mit dem Agrarprogramm der neuen Regierung erreicht werden. Wir erstreben eine Siedlungspolitik, mit der die in der Industrie überschüssigen Arbeitskräfte als Bauern auf eigener Scholle für die Volksernährung arbeiten können.

Reichsernährungsminister Schiele

tritt den Ausführungen des Abg. Dr. Hilferding entgegen mit dem Hinweis auf den Abstand, in dem sich der Index der Preise für Agrarprodukte von dem viel höheren Industrieindex befindet.

Der Sinn des vorliegenden Agrarprogramms liegt gerade darin, einen gesunden Ausgleich zwischen Industrie und Landwirtschaft herbeizuführen. Die große Arbeitslosigkeit spricht nicht dafür, daß unsere wirtschaftlichen Verhältnisse gesund sind. Auch hier schwingt mit die Krankheitserscheinung, die sich bei der Landwirtschaft bemerkbar macht in der zu niedrigen Preisgestaltung ihrer Produkte.

Die Ansammlung ungeheurer Weizenpools in den überseeischen Ländern nötigt alle europäischen Länder zu ähnlichen Abwehrmaßnahmen, wie sie das vorliegende deutsche Agrarprogramm enthält. Selbst das freihändlerische England befaßt sich mit solchen Maßnahmen.

Der Minister gibt dann die Erklärung ab, daß die der Regierung zu gebende Ermächtigung auch die Möglichkeit einschließe, weiterhin den Zollsatz für Gerste zur Viehfütterung bei gleichzeitigem Bezug von Roggen auf 2 Mark herabzusetzen. Bei den Einfuhrscheinen sei nicht daran gedacht, dadurch die Reichskasse stärker in Anspruch zu nehmen. Zur Gefrierfleischfrage erklärt der Minister, er habe nicht die Absicht, der bedürftigen Bevölkerung den Genuß von Fleisch zu erschwinglichen Preisen unmöglich zu machen. Er sei vielmehr entschlossen, der wirklich minderbemittelten Bevölkerung den bisherigen Fleischverbrauch zu ermöglichen, allerdings auf einem Wege, der auch den Bedürfnissen der Landwirtschaft gerecht werde.

Abg. Dr. Hilferding (Soz.) erwidert, wenn das Agrarprogramm tatsächlich nicht zu einer Verteuerung der Lebenshaltung der Verbraucherschaft führen würde, dann könnte ja die Erhöhung der Preise für die Agrarprodukte gar nicht erreicht werden.

Abg. Dr. Dessauer (Zentr.): Herr Dr. Hilferding hat die Meinung geäußert, daß unsere Agrarvorlage einen Bruch mit unserer bisherigen internationalen Handelspolitik bedeutet. Das ist unrichtig. Wir stimmen durchaus in der Tendenz seiner Ausführungen mit Herrn Dr. Hilferding überein. (Hört, hört! links.)

Auch wir wissen, daß Deutschland auf den Exportüberschuß angewiesen ist, besonders nach dem Youngplan, und daß darum unsere Handelspolitik möglichst wenig gestört werden darf. (Sehr wahr! im Zentrum.) Trotzdem machen wir diese Agrarvorlage mit und behaupten, daß dies kein Bruch mit unserer bisherigen Politik bedeutet, wie ja die Erklärung der Reichsregierung die Kontinuität der bisherigen Politik angekündigt hat. Sie (nach links) vergessen, daß außer der großen in Jahrzehnten sich abspielenden Entwicklung immer einmal akute Zwischenfälle eintreten und daß kein Mensch eine kontinuierliche Politik machen kann, ohne Rücksicht auf das, was der Augenblick erfordert. Die deutsche Landwirtschaft ist durch den Krieg besonders schwer betroffen worden. Vor allem sind auch unsere Böden verarmt. Schon aus dieser Tatsache mußte sich eine kontinuierliche Notlage für die deutsche Landwirtschaft ergeben, zu der aber auch noch eine akute kam, die sich in den hohen Einfuhrziffern äußert. Wir waren uns auch im März mit den Sozialdemokraten darüber klar, daß, wenn man hier keine Hilfe bringt, sich die deutsche Landwirt-